

Reichstagswähler des Reichstagswahlkreises Essen!

Am 13. Dezember wurde der deutsche Reichstag aufgelöst; bereits am 25. Januar 1907 findet die Neuwahl statt. Was war

die Ursache der Reichstagsauflösung?

Es fand sich keine Mehrheit, welche die Mehrkosten, die im Etatsjahr 1906 für den unglückseligen Aufstand in Südwestafrika entstanden sind, in der von den verschiedenen Regierungen geforderten Höhe (über 29 Millionen Mark zu den 77 Millionen, die bereits in diesem Jahre für den Aufstand ausgegeben wurden) bewilligen wollte.

Während ein Teil des Reichstags (Konservative, Antisemiten, Nationalliberale, Freisinnige und Volkspartei) bereit war, die Regierungsforderungen zu bewilligen, wollte ein Zentrumsantrag nur rund 20 Millionen Mark gutheißen und forderte außerdem die rasche Zurückziehung des größeren Teils der Truppen, die am 31. März 1907 noch rund 8000 Mann betragen sollte, bis auf 2500 Mann.

Da für den Antrag der Freisinnigen und für die Regierungsvorlage sich keine Mehrheit fand, erfolgte die Auflösung.

Die Kolonialdebatten im deutschen Reichstage, insbesondere die Ausführungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Bebel und des Zentrumsabgeordneten Noeren haben bewiesen, daß

nicht Kultur und Zivilisation

der wilden Völkerstämme der eigentliche Zweck unserer Kolonialpolitik ist, sondern das großkapitalistische Ausbeutungsprinzip von Land und Leuten der treibende Faktor bildet, der in den Kolonien nach Profit hascht und dem deutschen Volke die

immensen Kosten und die Schande

seiner Kolonisationspraktiken aufbürdet.

400 Millionen Mark

hat der Aufstand in Südwestafrika bereits gekostet und immer neue Millionen werden gefordert für die Gewinnung einer Sandwüste, deren Klima für Deutsche zur Ansiedelung gesundheitlich völlig unzutraglich ist.

Die Sozialdemokratie hat diese falsche Kolonialpolitik von Anfang an verworfen. Nach dem Bekanntwerden der Schandtaten eines Veist, Wehlau, Dr. Peters und anderer

Bessien in Menschengestalt,

die in den Kolonien das Deutchtum schändeten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den einzig vernünftigen Standpunkt eingenommen, der gipfelt in dem Satz:

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Das Zentrum, welches in diesem Wahlkampfe äußerlich auch als Oppositionspartei erscheint, hat wieder einmal einen

politischen Schacher

betreiben wollen. Nur 9 Millionen Mark strich die Zentrumsfraktion ab und wollte 20 Millionen Mark bewilligen, trotzdem gerade der Zentrumsfraktion die Kolonial-

grenzen noch besser bekannt sind als allen anderen Parteien. Seit Jahren waren dem einflussreichen Zentrumsabgeordneten Noeren durch die katholischen Missionen in Afrika die Kolonialbestialitäten deutscher „Kulturträger“ bekannt, wie er selbst zugegeben hat. Anstatt nun diese Schandtaten im Reichstage aufzudecken, hielt er die Waffen gegen die Regierung jahrelang zurück als PreSSIONSMITTEL für die Zentrumsinteressen.

Damit ist also die ganze Zentrumsfraktion des Reichstages gerichtet und mit der Fraktion auch die ganze Zentrumspar-
teie.

Daß diese jahrelange Kenntnis der Schandereien von Eingeborenen durch deutsche Missionsprediger und Eingeborenenschlächter nur Geheimnis des Herrn Noeren war, glaubt kein Mensch, umso mehr als der Oberlandesgerichtsrat Noeren seit 16 Jahren der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages angehört und in ihr sich in führender Stellung befindet. Damit er wieder einmal der Verort erbt, daß katholische Interessen und Zentrumsinteressen nicht eins sind. Jeder Katholik weiß, daß es Nicht jedes Menschenfreundes ist, doppelte Pflicht für jeden Katholiken sein muß, ihm bekannt werdende Barbareien, welche das Ansehen der christlichen Religion herabsetzen, mit allen Kräften zu bekämpfen. Die Zentrumsfraktion hat gegen dieses Gebot durch jahrelanges Schweigen gräßlich verstoßen, während die katholischen Missionare ihre Pflicht erfüllten und von der Zentrumsfraktion forderten, daß sie im Reichstage reden sollte. Die Zentrumsfraktion hat aber geschwiegen, bis die politischen Interessen der Zentrumspar-
teie mit der Regierung solidierten, dann erst kamen all die Kolonialbestialitäten ans Tageslicht. Die Zentrumsfraktion wollte aber trotzdem noch 20 Millionen Mark bewilligen.

**Katholische Wähler! Wie lange wollt ihr den Unfug noch mitmachen, den die Zentrumspar-
teie mit eurer Religion treibt?**

Die Reichstagsauflösung hat ihren wahren Grund nicht in der Ablehnung der 9 Millionen Mark für Südwestafrika, wodurch angeblich unsere nationale Ehre in Gefahr gebracht sein soll, diese unsere nationale Ehre ist dort schon durch die weißen „Kulturträger“ mehr wie zuviel in den Staub getreten.

Die Auflösung des Reichstages hat vorerst das Volk davor bewahrt,

die neuen Opfer

kennen zu lernen, die seiner warten. Unsere Pflicht ist es, sie ihm vorzuführen, damit es bei den Wahlen seine Entscheidung zu treffen vermag.

Der Etat für 1907, der infolge der Auflösung nicht beraten werden konnte, heißt entsprechend der oben charakterisierten Politik eine sehr erhebliche Erhöhung der

finanziellen Lasten. Der Militäretat fordert einschließlich der einmaligen und der außerordentlichen Ausgaben die Summe von rund **799 Millionen Mark** — gegen das Vorjahr mehr rund 51 Millionen Mark. Dazu kommen rund **100 Millionen Mark** für den Friedenspensionsfonds, so daß im nächsten Jahre im ganzen **1190 Millionen** für den Militarismus aufgebracht werden sollen. Die Reichsschuld erfordert an Zinsen im Jahre 1907 **136 1/2 Millionen Mark** — mehr gegen 1906 über 9 Millionen Mark. Von diesen Zinsen fallen über Dreiviertel auf Schulden, die für die Zwecke der Militär- und Marineverwaltung gemacht wurden.

Die **Schulden des Reichs** sind seit 1888, dem Jahre, in dem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, von 721 Millionen Mark auf nahezu **4000 Millionen Mark** gestiegen, und abermals fordert der Etat für 1907 einen Anleihebedarf von **264 Millionen Mark**, so daß wir bald in die

fünfte Milliarde Reichsschulden

eintreten. Und diese Schuldenlast wächst trotz der bedeutend erhöhten Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel durch den **Zolltarif** von 1902 und trotz der im laufenden Jahr bewilligten **neuen Steuern**. So wurden bewilligt die Erhöhung der Biersteuer, der Fracht- und Urkundensteuer, die Zigarettensteuer, die Eisenbahnfahrartensteuer, die Automobilsteuer, die Aussichtsrabstantiemen- und die Erbschaftsteuer, die Erhöhung des Ortsportos für Karten und Druckfachen. Trotz alledem ist das Reich noch wie vor in der größten Geldverlegenheit. Weiter sind die Matrularumlagen, d. h. diejenigen Beiträge der Einzelstaaten, welche diese nach Maßgabe der Kopfzahl ihrer Bevölkerung an die Reichsstaatskasse zu zahlen haben, soweit die eigenen Einnahmen des Reiches aus Steuern und Anleihen nicht reichen, weit höher angelegt worden, als die sogenannte Finanzkommission in Aussicht nahm.

An dieser traurigen Finanzlage des Reiches tragen **sämtliche bürgerlichen Parteien die Schuld**, da sie dem Reichsetat ihre Zustimmung gaben.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der neue Reichstag sich abermals mit der Suche nach neuen Steuerquellen befassen muß.

Wir haben die feste Ueberzeugung, daß dieser finanziellen Mißwirtschaft nur gesteuert werden kann, wenn diejenigen Klassen, die als die Hauptträger des herrschenden Systems angesehen werden müssen, künftig nach Maßgabe ihres Vermögens und ihres Einkommens zu den Reichslasten herangezogen werden. Bisher wurde die bequeme Methode verfolgt, die Lasten des Reiches vorwiegend auf dem Wege der **indirekten Besteuerung und der Zölle auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen Masse aufzubringen**. Diese hat bisher den Hauptteil der Reichslasten getragen.

Unsere neuen Vertreter im Reichstage werden nach wie vor verlangen, daß die Lasten denen auferlegt werden, die sie am leichtesten tragen können und deren angeblicher Patriotismus sie veranlaßt, immer neue

Mehrausgaben für Rüstungen und unproduktive Zwecke zu bewilligen, auf den eigenen Beutel aber den Daumen zu halten.

Wir fordern die Einführung einer **progressiven Reichs-Einkommensteuer** von allen, die über 5000 M. Jahreseinkommen haben, und eine **progressive Vermögenssteuer** von allen, die mehr als 50 000 Mark Vermögen besitzen. Des weiteren fordern wir den Ausbau der **Reichs-Erbschaftsteuer**, die statt der 36 Millionen Mark im Etat für 1907 mit Leichtigkeit mehr als das Sechsfache ergeben kann.

Werden diejenigen, die bisher die Hauptträger der Reichspolitik gewesen sind, ihren großen patriotischen Worten entsprechend auch zu den Opfern herangezogen — wir sind überzeugt, sie werden andere Saiten aufziehen.

Wähler! an euch ist es, durch Abgabe eurer Stimmen am 25. Januar 1907 dafür zu sorgen, daß die Träger der bisherigen Politik aus dem Reichstage verschwinden.

Zu den Trägern dieser Schuldenwirtschaft gehört auch die **Zentrums-Partei**, denn sie ist im Reichstag ausschlaggebend. Selbst die „Essener Volkszeitung“, das hier dominierte Zentrumsorgan, schrieb zur Eröffnung der jetzigen Reichstags-Session, das Zentrum sei im Deutschen Reichstage nach zwei Seiten ausschlaggebend mit seinen 100 Abgeordneten. **Mit den Parteien der Rechten könne das Zentrum jederzeit für die allgemeinen Staatsinteressen eintreten, mit der Partei der Linken könne das Zentrum volkschädigende Gesetze abwehren.**

Damit gibt die „Ess. Volksztg.“ selbst zu, daß wir den ganzen Lebensmittelmucher, wie er in der Zollgesetzgebung vom Jahre 1902 zum Ausdruck kommt, dem Zentrum zu verdanken haben.

Die Wähler müssen sich diesmal ganz besonders die Ausführungen der Regierungsvertreter und des Zentrums-Abgeordneten Weissenberger vor Augen führen, die diese noch in den letzten Tagen vor der Reichstagsauflösung zu der sozialdemokratischen Interpellation zur Hilfe not machten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann-Sollungen begründete in ausführlicher Rede die Fleischnot in ganz Deutschland und forderte von der Regierung Maßnahmen zur Befreiung der Grenzen, wobei er insbesondere den Nachweis erbrachte, daß die

Lebenshaltung der Bergarbeiter

infolge der hohen Lebensmittelpreise hinter der Zeit von 1889 zurückgeblieben ist, trotzdem damals die Löhne niedriger standen als heute.

Der Regierungsvertreter bestritt, daß durch **Öffnung der Grenzen sich die Fleischnot beheben werde**, trotzdem festsetzt, daß im gesamten Auslande die Fleischpreise niedriger sind als in Deutschland. Hier die zahlenmäßigen Beweise dafür:

Holland	68 Pf.
Frankreich	52 "
Spanien	55 "
Norwegen, Schweden und Dänemark	40 "
Finnland	44 "
Südamerika (Chile)	41 "
Belgien	58 "
Italien	60 "
England	48—55 "
Rußland	38 "
Nordamerika	42 "
Mexiko	30 "

Die deutsche Bevölkerung muß also für diesen Konsumartikel mehr als doppelt so viel bezahlen als beispiels-

welse in Skandinavien, Rußland und Amerika bezahlt wird. Und das nur, um dem nimmerfattigen Juntertum die unergründlichen Taschen zu füllen!

Hausfrauen, merkt euch die vorstehenden und auch die nachfolgenden Zahlen, dann wißt ihr auch, warum ihr mit dem Lohne eures Mannes nimmer auszukommen vermöget. Die Volkspolitik verteuert unsere Lebenshaltung mehr als die geringen Lohnsteigerungen der letzten Jahre ausmachen.

Wir teilen hier die folgenden amtlich ermittelten Zahlen über die Großhandelspreise im Durchschnitt der Jahre 1904-05 und 1905-06 (von Oktober bis September gerechnet) mit. Es notierten in Mark:

Quantität	Ware	1904/05	1905/06	+ oder - in Prozent
1 Tonne	Roggen	145,33	162,61	+ 11,2
1 "	Weizen	174,43	179,50	+ 2,9
1 Doppelzentner	Roggenmehl	18,15	21,07	+ 11,3
1 "	Weizenmehl	22,81	24,09	+ 5,5
1 "	Butter	225,75	230,85	+ 2,0
1 "	Schmalz	75,00	86,79	+ 15,6
1 "	Zucker	47,79	37,55	+ 21,5
1 "	Eißen	135,38	143,09	+ 5,7
1 "	Schweine	118,56	137,48	+ 15,9
1 "	Rinder	144,37	158,63	+ 9,8
1 "	Haarmel	133,30	150,33	+ 12,8

Dabei ist zu beachten, daß bei uns im Westen die Preise noch bedeutend über dem Durchschnitt stehen.

Der einzige Zentrumredner,

der zur Fleischnotdebatte sprach, der Abgeordnete Gerstenberger, machte nach den gekürzten Zeitungsberichten folgende Ausführungen:

Gerstenberger (Zentrum): Die Landwirtschaft will keine Sprunghalte, sie will stabile Preise. Der Abgeordnete Scheidemann hat mehr an den Magen, als an den Verstand appelliert. An der Viehzucht sind mehr die kleinen und mittleren Bauern als die Großgrundbesitzer interessiert. Als meine Mutter neulich Fleisch kaufte, wollte ihr der Schlächter noch ein Stück aufdrängen;

es herrscht also keine Fleischnot.

(Große Heiterkeit und schallendes Gelächter links.) Hunderte von Millionen Mark werden für Alkohol ausgegeben. Kindern bekommt das Fleisch nicht gut, es macht sie nervös. Der Zoll verteuert das Fleisch

höchstens um 2 bis 3 Pfennig pro Pfund.

Die Schlachthausgebühren verteuern es weit mehr. Die reiche Wiltonärsstadt Wiesbaden schreit nach Aufhebung der Pölle, hebt aber nicht ihr städtisches Oktron auf. Die Bohnen sind noch viel mehr im Preise gestiegen als das Fleisch. Wenn die Kleinbauern eine sozialdemokratische Gewerkschaft bilden würden, würden hier die Sozialdemokraten nicht von Fleischnot reden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung soll sich durch das Gelächter nicht zur Grenzöffnung verfahren lassen. (Beifall im Zentrum und rechts.)

Kein weiterer Zentrumredner hat zur Fleischnot weiter gesprochen, und wer die parlamentarischen Gepflogenheiten kennt, der wißt, daß bei Interpellationen jede Partei einen oder mehrere Redner vorher bestimmt.

Diese Redner vertreten also nicht den persönlichen, sondern den Parteistandpunkt.

Arbeiter! Bürger! Jetzt wißt ihr also, was ihr vom Zentrum zu halten habt in Bezug auf die Lebensmittelteuerung. Die 100 Mann starke Zentrumsfraktion hat den Abgeordneten Giesberts bei der Fleischnotdebatte nicht zum Worte kommen lassen; man würde

Das Schreckenskind Giesberts

überhaupt längst aus der Zentrumsfraktion hinausgeworfen haben, wenn man nicht fürchte, den Essener Wahlkreis für das Zentrum zu verlieren. Einmal hat man es im Essener Wahlkreise gewagt, und zwar 1878, dem Zentrumsar'eter Stögel den besser situierten Zentrumsmann Forcade de Baig entgegenzustellen. Stögel blieb damals Sieger. Seitdem sind hier die führenden Zentrumskleute von „Bildung und Besitz“ kurziert, sie wagen keinen Widerspruch mehr gegen eine Arbeiterkandidatur. Genau so, wie aber die Arbeiter in der heiligen Zentrumskleitung ohne jeden Einfluß sind, weil sie von den „besseren“ Parteiangehörigen immer überstimmt werden, die in allen Dingen ihrem Wohlstand, dem

Großfabrikanten und Herren-Menschen Mathias Wiese-Werden

folgen, genau so einflußlos ist Giesberts in der großen Zentrumskfraktion des deutschen Reichstags. Was Gerhard Stögel in seiner langen parlamentarischen Laufbahn erfahren mußte, wenn er wirkliche Arbeiterinteressen vertreten wollte, das hat auch Giesberts schon zu kosten bekommen. Bei dem Gesuchenwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine erging sich Giesberts befalls in eine scharfe Kritik desselben und er prägte bei diesen Ausführungen auch den Satz: **Es ist eine Schande Preußen zu sein.** Während nun die sozialdemokratische Fraktion den Ausführungen Giesberts Beifall spendete und der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hue-Bochum dem Herrn Giesberts ermunternd zurief:

„Sau man dropp, Johann“

wurde derselbe Giesberts, als er aus seinem Herzen keine Würdegrube machte,

von den eigenen Fraktionsgenossen ausgelacht.

Aus diesem und anderen Vorgängen müßte Giesberts die Konsequenzen ziehen, er müßte einsehen, daß er zwar als einziger Kennzeichner der dem Zentrum den Ruhm der Arbeiterfreundlichkeit einbringen soll, daß er aber auf die ganze Zentrumskfraktion im Reichstags absolut einflußlos ist. Giesberts müßte seinen Wählern erklären:

Ich kann der Zentrumspartei nicht mehr angehören, weil ich mit meinen Ansichten über Arbeiterinteressen-Vertretung dort einflußlos bin.

Giesberts wagt es nicht, diese einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen, aus Furcht vor der Zentrumskparteileitung. Was Giesberts nicht wagt, das müssen die Wähler endlich selbst durchführen, sie müssen den gordischen Knoten, der sich nicht lösen läßt, durchhauen mit der Parole:

Wir alle wählen sozialdemokratisch, wir alle wählen

**Redakteur
Wilhelm Gewehr
Elberfeld**

der schon im letzten Reichstagswahlkampf von 1905 bewiesen hat, daß er nicht allein Sozialdemokrat, sondern auch ein absolut ehrlicher Vertreter der Arbeiterinteressen ist. Der Mann, der als früherer Schreinergefelle sich seit mehr als 20 Jahren im Vordergrund der Arbeiterbewegung befunden hat, der immer dort einsprang, wo der Kampf am schärfsten tobte, der schon unter dem

schlimmen Sozialistengesetz als Sozialdemokrat und Gewerkschaftler im Vordertreffen stand und schwer darunter zu leiden hatte, nur diese angesprochene Kampfnatur soll unser Kandidat sein. Weder Wisberts noch der christlich-soziale Kandidat Wiedenhoff, welcher letzterer überhaupt völlig unbekannt ist — man weiß nur, daß er Antisemit ist — darf den Wahlkreis Essen in Zukunft vertreten.

Wähler! Arbeiter! Rechnet ab mit diesem Reichstag, der trotz der viel gerühmten Sozialpolitik des Deutschen Reiches in seiner ganzen Legislaturperiode auf sozialpolitischem Gebiete es nur zu dem einen Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine brachte, der obendrein noch total arbeiterfeindlich war. 400 Millionen Mark bewilligte dieser Reichstag in drei Jahren für die Kolonialpolitik, nur 340 Millionen Mark gab das Deutsche Reich in 20 Jahren für die Sozialpolitik im eigenen Lande aus.

Der Arbeiterwahlkreis Essen dem alten erprobten Arbeiterführer

Redakteur

Wilhelm Gewehr
Elberfeld

das sei unsere Parole am 25. Januar.

Das Wahlkomitee
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Jeder Wähler beachte genau, daß vom 28. Dezember ab 8 Tage lang die Wählerliste auf den Rathhäusern resp. Polizeistationen zur Einsichtnahme offen liegt. Unsere örtlichen Wahlkomitees sind zu jeder Auskunft bereit.

Wer nicht in der Wählerliste steht, kann am 25. Januar sein Wahlrecht nicht ausüben.

Sichert also euer Wahlrecht bis zum 5. Januar.

der schon im letzten Reichstagswahlkampf von 1905 bewiesen hat, daß er nicht allein Sozialdemokrat, sondern auch ein absolut christlicher Vertreter der Arbeiterinteressen ist. Der Mann, der als früherer Schreinergefelle sich seit mehr als 20 Jahren im Vordergrund der Arbeiterbewegung befunden hat, der immer dort einsprang, wo der Kampf am schärfsten tobte, der schon unter dem

schlimmen Sozialistengesetz als Sozialdemokrat und Gewerkschaftler im Vordertreffen stand und schwer darunter zu leiden hatte, nur diese angesprochene Kampfnatur soll unser Kandidat sein. Weder Wisberts noch der christlich-soziale Kandidat Wiedenhoff, welcher letzterer überhaupt völlig unbekannt ist — man weiß nur, daß er Antisemit ist — darf den Wahlkreis Essen in Zukunft vertreten.

Wähler! Arbeiter! Rechnet ab mit diesem Reichstag, der trotz der viel gerühmten Sozialpolitik des Deutschen Reiches in fünf Jahren zu dem einen Gesetzentwurf betriebl. noch total arbeiterfeindlich war. 20 Jahren für die Kolonialpolitik, 20 Jahren für die Sozialpolitik.

auf sozialpolitischem Gebiete es nur auf die Gewerkschaften und Berufsvereine brachte, der obendrein die schlimmste dieser Reichstags in drei Jahren gab das Deutsche Reich in die Hände der Sozialisten.

Der Arbeiterwahlführer

den erprobten Arbeiterführer

Wilhelm Wewehr

Das sei unsere Parole

Wahlkomitee
der Arbeiterpartei.

Jeder Wähler beachte genau den Rathäusern resp. Polizeistationen sind zu jeder Auskunft bereit. Wer nicht in der Wählerliste

8 Tage lang die Wählerliste aufgelegt. Unsere örtlichen Wahlkomitees sind bereit, sein Wahlrecht nicht ausüben.

Sichert also

zum 5. Januar.

